

Dreisamtal - wie geht's?



Mobilitätsverhalten neu denken

Seite 3



Regionale Landwirtschaft – wohin geht's?

Jeder will sich gesund ernähren. Landwirtschaft soll klima- und umweltfreundlich sein. Der Verbraucher hat es in der Hand, ob dies so ist.

Seite 5

» Es liegt an uns, für eine freie Gesellschaft einzutreten und die Demokratie gemeinsam zu verteidigen. «

Heiko Maas, September 2019

Weg mit dem Sack!

Die SPD Dreisamtal stellt den Antrag, die gelbe Tonne im Landkreis einzuführen.

Seite 2



Die Villa des Baldenweger Hofes

Ein Stück Dreisamtaler Geschichte

Seite 12



Weit-Blick vom Frauensteigfelsen ins Dreisamtal

Noch eine Zeitung? Warum denn das?

Warum Sie diese Zeitung in den Händen halten

Wir haben dieses Jahr Kommunalwahlkampf gemacht und festgestellt, dass viele Bürger des Dreisamtals sehr an lokalen und politischen Themen interessiert sind. Und das nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Wir haben auch gemerkt, dass wir als SPD Ortsverein oft auf die bundespolitischen Themen reduziert werden. Außerdem kommen manche Themen in der lokalen Presse zu kurz.

Wissen Sie, wer im Gemeinderat für und wer gegen welches Projekt war? Wissen Sie, warum bestimmte Bauvorhaben so entstehen, wie es gerade geschieht? Wissen Sie, warum für manches „Geld da ist“ und wieso für anderes nicht?

Wir möchten darstellen, was politisch auf kommunaler und Kreisebene gerade passiert und wer welche Positionen zu strittigen Themen vertritt. Wir möchten erläutern, warum es manchmal an der EU-Politik oder bundespolitischen Entscheidungen liegt, wenn etwas auf lokaler Ebene so geschieht, wie es geschieht oder warum manche Vorhaben deswegen nicht umsetzbar sind. Und natürlich möchten wir auch für die Themen der SPD auf kommunaler Ebene die Wahrnehmung verstärken. Denn wir sind nicht nur im Wahlkampf aktiv, sondern das ganze Jahr über und es gibt ständig neue Themen, zu denen wir uns positionieren und aktiv werden.

Wohnen und Bauen, jung sein und alt werden, Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Mobilität und so vieles mehr. All das sind Themen, bei denen wir uns engagieren und zu denen wir informieren und auch Klartext reden wollen. Wir möchten, dass Sie sich zu den Themen eine Meinung bilden können. Wir möchten Ihnen diese Themen ins Haus bringen.

Außerdem liegt uns die Region und ganz besonders das Dreisamtal am Herzen. Auch darüber wollen wir berichten.

Wir freuen uns über Fragen, Anregungen und Informationen von Ihnen! Schreiben Sie uns an kontakt@spd-dreisamtal.de

Sie finden aktuelle Informationen zu dem, was wir veranstalten, gestalten, debattieren und politisch erreichen wollen auch im Internet unter www.spd-dreisamtal.de oder bei Facebook als [@spddreisamtal](https://www.facebook.com/spddreisamtal).

Wir wünschen Ihnen ganz viel Freude beim Lesen!

Für das Redaktionsteam des SPD Ortsvereins Dreisamtal:

■ *Marlene Greiwe*

SPD

Impressum

Herausgeber

SPD Ortsverein Dreisamtal
Vorsitzender Markus Millen
Prägenhofstraße 63
79256 Buchenbach
kontakt@spd-dreisamtal.de

Verantwortlich für den Inhalt

Bernd Engesser
Stellvertretender Vorsitzender OV Dreisamtal
St. Johannes Weg 8
79199 Kirchzarten
kontakt@spd-dreisamtal.de

Redaktion und Projektteam

Reiner Bank
Wolfgang Brenneisen
Bernd Engesser
Dagmar Engesser
Hajo Glissmann
Marlene Greiwe
Klaus Kiesel
Werner Konold
Stefan Saumer
Margret Wassermann

Druck

Freiburger Druck GmbH & Co. KG
Klimaneutral gedruckt auf 80 g/qm Kriebcoat,
100% deinktes, chlorfrei gebleichtes Altpapier,
Umweltzeichen: Blauer Engel, FSC, PEFC, EU-Ecolabel

Auflage

13.000, November 2019

Bildnachweis

Rainer Bank S. 1/5
Adobe Stock S. 1/2/7/10
Stefan Saumer S. 1/3/6/8
Heimatgeschichtlicher Arbeitskreises Stegen S. 1/12
Dagmar Engesser S. 2/8/9
Gerd Lück S. 3
Dominik Sackmann S. 4
Martin Schweizer S. 4
Stefan Pucher, dpa S. 10

Weg mit dem Gelben Sack!

Andere Bundesländer haben inzwischen die gelbe Tonne, warum der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald nicht?

Unser Müllsammelsystem ist geordnet und gut organisiert. Doch dieses im Prinzip effektive System wird konterkariert durch das ineffektive Sammelmedium gelber Sack. Abgesehen davon, dass man nicht so genau weiß, was mit dem sogenannten Wertmüll tatsächlich passiert, reißen die gelben Säcke allzu oft auf, vor allem in den stürmischen Herbst- und Wintermonaten. Dann ergießt sich der ganze Plastikmüll in die Landschaft. Da können noch so viele ehrenamtliche Landschafts- und Bachputzeten stattfinden, dieser Müll kann nie wieder eingesammelt werden. Der Kunststoff verbleibt in der Landschaft, wird spröde, zerbricht und verbleibt als sekundäres Mikroplastik in Gewässern und Böden.

Schon vor sieben Jahren plante die Landesregierung die Einführung der gelben Tonne. Dies verlief jedoch im Sande. Andere Bundesländer haben sie inzwischen, warum Baden-Württemberg nicht? Warum der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald nicht?

Die SPD Dreisamtal forderte deshalb die Kreistagsfraktion der SPD auf, den Antrag zu stellen, die gelbe Tonne im Landkreis einzuführen.

Gleichzeitig will die SPD wissen, was mit dem Wertmüll passiert. Zu welchem Prozentsatz wird tatsächlich recycelt, wieviel wird verbrannt, wird Wertmüll noch exportiert und wenn ja, wohin?

■ *Vorstand SPD Dreisamtal*





Mobilitätsverhalten neu denken

Aktiv für ein fußgänger- und fahrradfreundliches Dreisamtal

Das gabs noch nie und war eine Premiere im Dreisamtal: eine Fahrraddemo, zu der die SPD Dreisamtal aufgerufen hat.

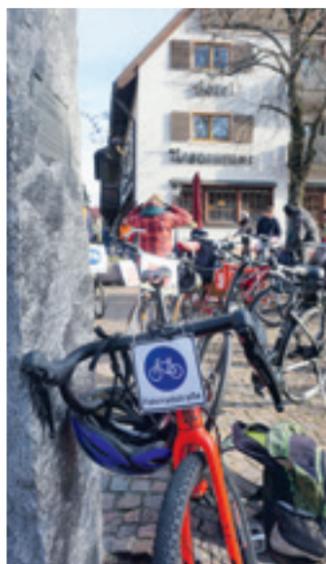
Um das Dreisamtal für Radfahrer und Fußgänger attraktiver und sicherer zu machen, fordert die SPD – wie im Kommunalwahlkampf schon thematisiert – durchgängig Tempo 30 innerorts. Wo möglich, sollen in Wohngebieten die Straßen zu verkehrsberuhigten Bereichen deklariert und Gemeindeverbindungsstraßen in Fahrradstraßen umgewandelt werden.

Der Autoverkehr wird dort nicht gänzlich unter sagt, aber er hat sich dem Radverkehr unterzuordnen. Höchstgeschwindigkeit ist Tempo 30 und Radfahrer dürfen nebeneinander fahren.

Es geht dabei um die kleinen Straßen wie zwischen Zarten und Wittental oder Stegen und Burg am Wald. Nach der Straßenverkehrsordnung ist die Anordnung von Fahrradstraßen schon seit 1997 möglich. Bislang blockte aber das Landratsamt als untere Verkehrsbehörde die an sie herangetragenen Bürgerwünsche immer ab.

Die SPD fordert außerdem, das bestehende Radwegenetz den heutigen Erfordernissen anzupassen. Die meist kombinierten Geh- und Radwege werden heute anders und intensiver genutzt als früher. Es kamen die E-Bikes dazu, Kinderlaufräder, Skater, E-Roller und Lastenräder. Auf den Haupttradrwegen geht es deshalb eng zu und manchmal führt das auch zu gefährlichen Situationen.

Diese Forderungen werden durch die SPD in die Gemeinderäte des Dreisamtals eingebracht und um ihnen Nachdruck zu verschaffen, rief die SPD zu dieser Fahrraddemo auf. Am 21. November brachte die Kirchzartener SPD-Fraktion diesen Antrag erweitert in den Gemeinderat ein. Ziel ist ein umfassendes Mobilitätskonzept und die frühzeitige Miteinbeziehung der Bürger in Bürger-Workshops. Die Fraktion der Grünen unterstützte dies mit einem Zusatzantrag.



Ein friedlicher und bunter Demonstrationszug für ein fahrradfreundlicheres Dreisamtal radelte laut klingelnd von Kirchzartens Fußgängerzone aus über Zarten und Stegen wieder zurück nach Kirchzarten.

Warum das Dreisamtal fahrradfreundlicher werden soll, begründete Jennifer Sühr, Mitinitiatorin der Demo, in ihrer Auftaktrede:

„Viele Menschen finden unsere Forderungen sehr gut und freuen sich, dass wir für diese Interessen eintreten. Gleichzeitig höre ich aber auch immer wieder: „Aber bei uns im Dreisamtal ist es doch auch sehr gut“. Ja, einerseits ist es das. Aber andererseits ist es die Politik der vergangenen Jahre gemäß dem „Es-ist-ja-alles-gut-Prinzip“. Und deshalb sagen wir als SPD-Dreisamtal an dieser Stelle: Nein, es ist nicht alles gut! Es kann noch besser werden! Und es muss sich etwas verändern!

Vor 50 Jahren wurden Städte und Gemeinden „autofreundlich“ gestaltet. Straßen wurden verbreitert und Flächen für Parkplätze versiegelt. Aber die Zeiten haben sich geändert. Heute ist der Verkehrssektor mit der größte CO₂-Verursacher, der den Klimawandel vorantreibt. Deshalb müssen Anreize für eine umweltfreundlichere Mobilität geschaffen werden. Radwege müssen ausgebaut, Straßen zu Fahrradstraßen umfunktioniert und das Tempo begrenzt werden. Man könnte im Übrigen auch noch über ganz andere Anreize nachdenken: Warum nicht eine erneute Abwrackprämie für alte Autos mit der gleichzeitigen Bezuschussung für ein neues Lastenfahrrad kombinieren?

Ein weiterer Punkt, welcher mir wichtig erscheint, diesen im Dreisamtal zu benennen, ist der Zusammenhang von Wohlstand und Konsumgewohnheiten. Wohlstand schafft Verantwortung. Verantwortung, Zusammenhänge zwischen unseren Konsumgewohnheiten und dem Klimawandel herzustellen und sich eben nicht dazu hinreißen zu lassen, sich ein Drittauto zuzulegen. Denn unsere Konsumgewohnheiten erzeugen nun mal Bedingungen, welche nicht nur klimaschädlich sind, sondern unter denen der arme Teil der Bevölkerung leidet. Und an diesem Punkt wird die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu einem SPD-Thema, zu einem Thema aller sozial und ökologisch denkender Parteien, weshalb wir alle hierbei an einem Strang ziehen müssen. Uns als SPD Dreisamtal ist es wichtig, diesen größeren Zusammenhang herzustellen und den Gedanken zu wagen, dass es eben nicht darum geht, „das Soziale“ gegen „das Ökologische“ zu verteidigen, sondern darum, sowohl Ungleichheit als auch Umweltzerstörung gleichermaßen zu bekämpfen.

Zum Schluss möchte ich noch einen persönlichen Aspekt einbringen: Als Mutter eines Fünftklässlers, der täglich von Stegen nach Kirchzarten und zurückradelt, ist es mir ein Anliegen – wie wahrscheinlich das Anliegen aller Eltern – dass die Kinder sicher ihre Wege fahren können. Das Radwegenetz ist jedoch lückenhaft und da wo die Wege enden, existieren Gefahrenstellen für Radfahrer.

Aus all diesen Gründen müssen wir die Politiker dazu auffordern, umzudenken und gleichzeitig sind wir alle gefragt, diese Wende zu unterstützen.“

Marlene Greiwe, Mitinitiatorin und vom Vorstand der SPD Dreisamtal, führte weiter aus:

„Klimaschutz muss nicht nur global, sondern auch lokal in Angriff genommen werden. Verkehr muss neu gedacht werden und der CO₂-Ausstoß im Verkehrsbereich kann dadurch reduziert werden, dass die Menschen aufs Rad umsteigen oder Wege zu Fuß zurücklegen.“

Dazu brauchen wir attraktive Angebote. Auch langsames Fahren senkt den CO₂-Ausstoß. In beide Richtungen zielt unsere Initiative.

Wir haben im Kommunalwahlkampf dieses Jahr unter den Stichpunkten Klimaschutz und Verkehr versprochen, Fahrrädern mehr Raum zu verschaffen und uns dafür einzusetzen, dass das Mobilitätsverhalten auch kommunal neu gedacht wird.

An dieses Versprechen wollen wir uns halten. Der Ortsverein Dreisamtal hat sich nun dieses Themas angenommen und fordert, dass die oben genannten Punkte endlich von den Kommunen angepackt, diskutiert und umgesetzt werden! Dafür setzen wir uns ein.

Für die Förderung des Radverkehrs spricht im Übrigen auch, dass es weniger und nicht so schwere Unfälle gibt und mehr Raum im Ort für alle entsteht. Lärm, der bekanntermaßen auch krank machen kann, wird reduziert. Eine Förderung des Radverkehrs dient außerdem auch indirekt dem Schutz der Fußgänger.“

Für die SPD-Fraktion neu im Kirchzartener Gemeinderat: Sabine Beck und Benjamin Rudiger

Gemeindepolitik ist kein Wunschkonzert!

Für mich gibt es keine politische Ebene, die so nah am Bürger ist, wie der Gemeinderat. Was wir in unserem Gremium beraten und diskutieren, betrifft die Kirchzartener*innen direkt.

Ich bin nun etwas mehr als 100 Tage parteilose Neu-Gemeinderätin der SPD Fraktion im Kirchzartener Gemeinderat. Hier auch im Bau- und Umweltausschuss sowie im Kindergartenkuratorium. Während dieser doch noch sehr kurzen Zeit durfte und musste ich schon die ein oder andere Erfahrung machen.

Kommunalrecht, Baurecht und Finanzrecht geben Richtlinien vor. Wir versuchen mit den jeweiligen Vorgaben vernünftige Lösungen für Kirchzarten und seine Bürger*innen zu finden. Alle drei Bereiche sind für mich Neuland, was zeitaufwändige Vorbereitung bedeutet. Zum Glück habe ich mit Peter Meybrunn und Stefan Saumer zwei erfahrene Gemeinderäte an der Seite. Gerade Peter Meybrunn als „alter“ Hase, mit seiner jahrelangen Erfahrung und seinem fachlichen Wissen, ist mir eine große Hilfe.

In Kirchzarten stehen große Aufgaben an: Klima, Energie, Verkehr, bezahlbarer Wohnraum, alternative Wohnformen und ganz wichtig, das Thema Kinderbetreuung. Gerade die Betreuungsaufgabe ist für jede Gemeinde eine Mammutaufgabe! Wobei gerade bei diesem wichtigen Thema von der „großen“ Politik Forderungen an die Gemeinden gestellt werden, die in der Umsetzung viel abverlangen!

Das alles zu schaffen, gut auf den Weg zu bringen und dabei die finanziellen Möglichkeiten im Blick zu behalten, ist wirklich eine spannende Aufgabe und Herausforderung!

Für mich bedeutet das: weiter gestalten, kritisch hinterfragen, die Bodenhaftung nicht verlieren, im Austausch mit den Bürger*innen sein und vor allem, Spaß an meiner Arbeit als Gemeinderätin haben.

■ Sabine Beck

Die meisten gemeinsamen Standpunkte

Direkt nach der Auszählung der Kommunalwahlergebnisse am 27. Mai diesen Jahres war es Fakt: Ich bin neu in den Gemeinderat in Kirchzarten gewählt worden! Selbstverständlich habe ich die Entscheidung zur Kandidatur bewusst und nach reiflicher Überlegung getroffen. Trotzdem war es eine Überraschung für mich die Entscheidung gleich mit solch einer überwältigenden Stimmenzahl „bestätigt“ zu bekommen.

Im Wahlkampf und auch danach wurde ich oft gefragt: „Warum für die SPD?“ Ich darf mich an der Stelle outen und sagen das ich noch kein SPD-Parteimitglied bin. Sicherlich bin ich parteipolitisch durchaus sozialdemokratisch orientiert, eine Parteimitgliedschaft habe ich aber derzeit für mich nicht im Plan. Für mich war die Entscheidung für die SPD-Fraktion einfach durch meine „Mittstreiter“ geprägt. Es war schlicht so, dass ich mich auf der Liste der SPD in Kirchzarten einfach am wohlsten gefühlt habe. Ich habe im Vorfeld zur Wahl eigentlich mit Menschen aus (fast) allen Gruppierungen gesprochen und war dann letztlich überzeugt, mit den Kandidaten der SPD die meisten gemeinsamen Standpunkte teilen zu können, verbunden mit der großen Hoffnung mit meinen jetzigen Fraktionskollegen Sabine Beck, Peter Meybrunn und Stefan Saumer am meisten „gewuppt“ zu bekommen.

Mit der Vereidigung Mitte Juli ging's dann los, ab hier gab es kein Zurück mehr!

Gefühlt ist für mich alles neu. Ich darf mich in viele Themen einarbeiten mit denen ich mich in meinem „vorgemeinderatlichen“ Leben tatsächlich nie oder nur sehr peripher beschäftigt habe. Ich muss jetzt, drei öffentliche Gemeinderatssitzungen-Sitzungen später, feststellen, dass dieses

Ehrenamt zum einen eine Menge Arbeit mit sich bringt, auf der anderen Seite aber mega spannend und für mich persönlich sehr bereichernd ist. Ich freue mich wirklich auf die kommenden fünf Jahre und ich bin überzeugt, dass diese Legislaturperiode einiges an kontroversen Diskussionen und richtungsweisenden Entscheidungen für Kirchzarten mit sich bringen wird.

Mein Anspruch ist es, trotz all den verschiedenen Themen, welche es mehr oder weniger „reaktiv“ zu entscheiden gilt, auch ein aktiver Gemeinderat zu sein. Ich empfinde es so, dass mir von so vielen Wählerinnen und Wählern genau deshalb das Vertrauen geschenkt wurde, weil ich eben auch mitgestalten will. Klar bin ich oft etwas vorschnell in meinen Äußerungen und manchmal trage ich mein Herz durchaus auf der Zunge. Wer mich aber kennt, kennt diese, meine Eigenschaften. So bin ich halt! Mit etwas Erfahrung hoffe ich dann diese – vielleicht teilweise – „Überenergie“ in einen positiven Schwung ummünzen zu können. Ein gemeinsames Vorwärtskommen ist für mich oberstes Credo! Daran halte ich fest, daran will ich mich in allen Entscheidungsprozessen orientieren. Schaun mer mal wie das klappt ...

So gut ich kann halte ich alle, die es interessiert, auf meinen Accounts auf Instagram (@rudiger_benny) und auf Facebook auf dem Laufenden. Auch der ein oder andere Gastbeitrag auf den Kanälen der „SPD für Kirchzarten“, bzw. auch beim SPD-Ortsverband Dreisamtal sollte von Zeit zu Zeit drin sein!

Viele Grüße!

■ Euer Benny Rudiger

Für die SPD in den Dreisamtaler Gemeinderäten



Sabine Beck
s.beck@kirchzarten.de



Benjamin Rudiger
b.rudiger@kirchzarten.de



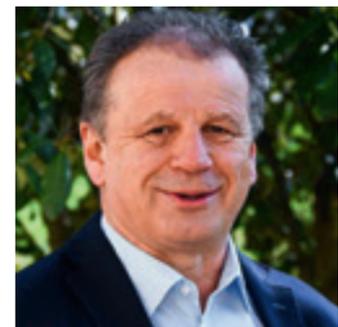
■ Stegen

Claudia Glißmann
claudia.glißmann@spd-dreisamtal.de



Katharina Strecker
Katharina.Strecker@Gemeinderat.Oberried.de

■ Oberried



Albert Rees
Albert.Rees@Gemeinderat.Oberried.de



Carola Tröscher
Carola.Troescher@Gemeinderat.Oberried.de

■ Buchenbach



Markus Millen
markus.millen@spd-dreisamtal.de



Hat die regionale Landwirtschaft Zukunft?

Nicht zuletzt durch das Agrarpaket der Umweltministerin Swenja Schulze und der Agrarministerin Julia Klöckner ist die Landwirtschaft wieder mehr in den Blickpunkt des Medieninteresses getreten. Zusätzlich sorgt das Volksbegehren „Rettet die Bienen“, welches am 23. September 2019 in Baden-Württemberg angelaufen ist, für Furore.

Für den Artenrückgang, die Gewässerbelastung und den Beitrag puspender Kühe zum Klimawandel – schnell ist die hiesige Landwirtschaft als Hauptverursacher ausgemacht. Viele Bauern beklagen die fehlende Wertschätzung für ihre Arbeit in der Bevölkerung, ja sie empfinden sich zu leidigen Subventionsempfängern und Buhmännern der Nation herabgewürdigt.

Erfolgsgeschichte Landwirtschaft

Bei genauer Betrachtung wäre die Entwicklung der Deutschen Landwirtschaft eigentlich eine Erfolgsgeschichte, welche in der Bevölkerung nicht genug gewürdigt werden kann. Während in Deutschland spätestens nach der Reichsgründung 1871 die Industrialisierung rasant an Fahrt aufnahm, war die Agrarproduktion bis Ende der 1940er Jahre größtenteils in jahrhundertlang praktizierten Methoden verhaftet geblieben. Lediglich in den landwirtschaftlichen Großbetrieben im Norden und Osten Deutschlands hatte die Technisierung Einzug gehalten und tuckerten Lanz Bulldogs oder Deutz Stahlschlepper auf den Feldern.

Infolge des 2. Weltkriegs verlor Deutschland rund ein Viertel seines vorherigen Staatsgebietes in den relativ dünn besiedelten Landesteilen jenseits von Oder und Lausitzer Neiße mit seinen hoch ertragreichen Böden. Gleichzeitig musste zusätzlich für rund 13 Millionen Heimatvertriebene vorwiegend in den westlichen Bundesländern Nahrung produziert werden.

Die Deutsche Landwirtschaft meisterte diese Herkulesaufgabe mit einer beispiellosen Produktionssteigerung in relativ kurzer Zeit. 1950 erntete ein Landwirt im Schnitt schlappe 1,8 Tonnen Weizen von einem Hektar. Bis 2019 stieg die Produktivität auf 7,71 Tonnen pro Hektar. Eine Milchkuh produzierte 1950 durchschnittlich 2.450 Liter Milch pro Jahr. Aktuell liegt der Durchschnitt bei 8.090 Liter Milch, welche eine Kuh rund ums Jahr erzeugen kann.

1950 musste auf dem Bauernhof die ganze Familie vom zarten Kindesalter bis zum Greis auf den Feldern und im Stall mit anpacken, zusätzlich waren auf den Höfen zahlreiche Knechte und Mägde erforderlich, damit der landwirtschaftliche Alltag gemeistert werden konnte. Mit Beginn der Wirtschaftswunderzeit lockten lukrativere Löhne die meisten Beschäftigten von den Bauernhöfen weg. War es einige Zeit ausschließlich die Bauersfamilie, die die tägliche Arbeit bewältigte, so wurde ab den 1970er Jahren der Ein-

mann-Betrieb proklamiert. Trotzdem konnte durch die fortschreitende Technisierung und den Einsatz von Handelsdüngern und chemischem Pflanzenschutz diese enorme Produktivitätssteigerung erst möglich gemacht werden.

Der nichtlandwirtschaftliche Konsument kam in den Genuss gleichbleibender oder sinkender Lebenshaltungskosten. Musste ein Fabrikarbeiter anno 1950 noch 57 % seines Lohnes für seinen Lebensmitteleinkauf ausgeben, sind dies aktuell nur noch 13 % seines Verdienstes.

Die negativen Seiten der Agrarindustrie

Wo Licht ist, ist leider auch Schatten. Die enorme Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft führte zunehmend zu einem Überangebot am Markt. Wer weiterhin in der Produktion bleiben wollte, musste der Verteuerung der Produktionsmittel bei gleichzeitig stagnierenden Verkaufserlösen mit noch mehr bewirtschafteten Hektar, noch mehr Tieren begegnen.

Um die vielen, vielen Mastrinder und -schweine in den Agrarfabriken Niedersachsens satt und fett zu bekommen, reichen die hiesigen Felder längst nicht mehr aus. Deshalb blockiert unsere industrielle Fleisch- und Milchproduktion in Südamerika eine Agrarfläche in der Größe von Mecklenburg-Vorpommern. Und die tierischen Ausscheidungen? Am sinnvollsten wäre es, die Gülle von den mit südamerikanischer Soja gemästeten Tieren per Seecontainer wieder über den großen Teich zurück zu transportieren um dort die Böden zu düngen. Weil wirtschaftseigene Dünger (Mist, Jauche, Gülle) nur eine geringe Transportwürdigkeit haben unterbleibt dies; die anfallende Gülle wird im näheren Umkreis dieser Megaställe verklappt und sorgt für Probleme bei den kommunalen Wasserversorgern, Stichwort „Nitrat“.

Entgegengesetzt zur Produktivitätssteigerung ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zurück. Gab es 1950 noch gut 3,5 Millionen Bauernhöfe in Deutschland, so sank die Zahl auf aktuell 260.000 Betriebe. Da halften auch die unzähligen Milliarden DM oder Euro nicht, die der deutsche Steuerzahler Jahr für Jahr nach Brüssel für die Unterstützung der EU-Landwirtschaft pumpet. Da wird bei der Flächenprämie kein Unterschied gemacht, ob es sich um einen bäuerlichen Kleinbetrieb im Schwarzwald handelt, der mit viel Idealismus zur Offenhaltung beiträgt oder ob es sich um ein Nachfolgeunternehmen einer mecklenburgischen Agrarkolchose handelt. Wer viel hat, bekommt viel, entgegen der agrarökonomischen Lehrmeinung, welche in den Landwirtschaftsschulen gepredigt wird, dass bei steigender Größe die Produktionskosten sinken. Mittlerweile haben die postkommunistischen Agrarbarone im Deutschen Bauernverband großen Einfluss und blockieren Forderungen nach einer Änderung der Agrarpolitik.

Jeder will sich gesund ernähren. Landwirtschaft soll klima- und umweltfreundlich sein. Der Verbraucher hat es in der Hand, ob dies so ist.

Wussten Sie, dass die Preise für Lebensmittel in Deutschland ziemlich niedrig sind? In Europa liegen wir auf Platz 16, sind aber gleichzeitig eins der wohlhabendsten Länder. In den letzten Jahren sind die Preise etwas angestiegen, etwa 14 Prozent unserer Konsumausgaben geben wir für Lebensmittel, Alkohol und Tabakwaren aus.

Quelle: statista.com



Rainer Bank vom Thaddäushof, überzeugter Biobauer, betreibt dort ökologischen Gemüseanbau und Viehzucht nach den Biolandrichtlinien.

Bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie

Eine Abkehr von der industriellen Agrarwirtschaft tut dringend not. Hier kann die Politik einiges zum Besseren wenden. Zum einen die Abkehr von der bisherigen Subventionspraxis. Dazu zählen eine Deckelung und Degression der Agrarförderung – dies käme bäuerlichen Familienbetrieben zugute. Weiter sollten gesellschaftliche Leistungen (Offenhaltung, Artenvielfalt) und umweltschonender Anbau stärker honoriert werden. Dies kann ein bäuerlicher Betrieb auch viel besser.

Dringend geboten wäre auch, dass in der landwirtschaftlichen Ausbildung und der anschließenden Betriebsberatung andere Inhalte sowie auch ethische Werte vermittelt werden. Das jahrzehntelange Predigen des Wachstums oder Weichens hat größtenteils aus einstmaligen freien Bauern Knechte der Banken und Konzerne gemacht.



Staatliche Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Altenheime, Schulen, Verwaltungsbehörden könnten in ihren Kantinen Vorreiterrollen übernehmen und künftig qualitativ hochwertige und regional erzeugte Gerichte auf ihren Speisekarten anbieten. Familien mit Kindern sollten steuerlich noch besser entlastet werden, damit sie sich den Einkauf hochwertiger Lebensmittel leisten können und nicht mehr wie bisher gezwungen sind, im Discounter Schnäppchen abzugreifen, weil die Haushaltskasse nicht mehr hergibt. Dem Fach Hauswirtschaft/Ernährungslehre sollte in den Schulen wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Wo sonst kann die Bedeutung gesunder Ernährung vermittelt werden?

Und zu guter Letzt haben wir alle, jeder für sich, es in der Hand, auf welche Weise Lebensmittel produziert werden und welche Landwirtschaft wir wollen. Mit unserem Einkaufszettel und unserem Konsumverhalten haben wir täglich die Wahl, wohin die Reise in der Landwirtschaft führen soll. Weiter in Richtung Industrialisierung mit all ihren Folgen oder eine Richtungsänderung zu wieder mehr bäuerlichen Familienbetrieben mit Regionalität, Artenvielfalt und Genuss.

■ Rainer Bank

Das Klimapäckchen – das Los des kleineren Koalitionspartners

Klimakrise! Die Bundesregierung ist gefordert. Aber macht sie auch genug?

Enttäuschung! Sehr viel weniger als gewünscht, weniger als notwendig. Die im Bundeskabinett beschlossenen und nun im Bundestag und Bundesrat diskutierten Maßnahmen sind unzureichend. Keine Frage. Aber warum bekommt nur die SPD dafür die Prügel? Die SPD hat die sinnvollen Elemente des Pakets überhaupt erst durchgesetzt!

Ja, es gibt Sinnvolles im Klimapäckchen.

Das wichtigste ist keine konkrete Maßnahme, sondern ein **Kontrollinstrument**: das Klimapaket soll zu einem Klimagesetz führen. Damit werden unverbindliche Versprechungen zu Vorschriften, die verbindlich einzuhalten sind. Und die Einhaltung der vorgeschriebenen Werte wird auf Druck der SPD jedes Jahr für jeden Sektor, also auch für die Bereiche Wohnen und Verkehr getrennt von externen Experten überprüft. Wer die Ziele nicht erreicht, muss nachsteuern. Damit könnten viele Forderungen der SPD in den nächsten Jahren dann von zögerlichen Unionsministern doch noch umgesetzt werden müssen.



Ein Erfolg der SPD, die allerdings darum kämpfen muss, dass dieses Kontrollinstrument in der vorliegenden Form auch nach der Beratung im Bundestag und im Bundesrat nicht verwässert wird.

CO₂-Preis

CO₂ bekommt jetzt endlich einen Preis, allerdings ist der viel zu niedrig und kommt erst ab 2021. Mehr war allerdings nicht machbar, CDU/CSU blockten ab. Und auch die Ausgleichsmaßnahme in Form der Pendlerpauschale ist unwirksam und unsozial. Je mehr jemand zu versteuern hat, umso mehr profitiert er von der Pendlerpauschale. Geringverdiener sollen als Ersatz eine „Mobilitätsprämie“ erhalten.

Das deutlich sozialere und vor allem wirkungsvollere Instrument der **Klimaprämie** wurde von der Union abgelehnt. Dabei wäre dies eine Möglichkeit gewesen, das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder zu stärken. Die Vorteile, sich klimafreundlich zu verhalten, hätte jeder verstanden, wenn jeder in Deutschland Lebende,



Entpuppte sich als „Scheinriese“! Das Klimapaket der Großen Koalition.



vom Neugeborenen bis zum Greis, zum 1. Januar 2020 vorab eine Gutschrift von 100 Euro erhalten hätte und ab gleichem Datum eine CO₂-Abgabe von 80 Euro pro Tonne CO₂ berechnet worden wäre. Jeder der wenig verbraucht, hätte damit sogar einen Geldvorteil gehabt.

Eine Riesenchance wurde durch den Widerstand der Union vergeben.

Erreicht wurden Verbesserungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien: der Deckel beim Zubau von Photovoltaikanlagen fällt ganz weg. Leider wird er bei On-Shore-Windkraft nur erhöht und gleichzeitig wollen CDU/CSU strengere und unflexiblere Abstandsregelungen von 1.000 Metern zu Wohngebäuden festschreiben. Ob die SPD diese Regelung noch verhindern kann, ist bei der Erstellung dieses Artikels noch unklar. Zu Misch-, Gewerbe und Industriegebieten gelten diese Vorschriften dank der SPD aber nicht.

Klimaschutz bei Gebäuden und beim Verkehr

Rund ein Drittel des deutschen CO₂-Ausstoßes stammt von **Gebäuden**. Hier sind im Klimapäckchen eine ganze Reihe vernünftiger Maßnahmen enthalten. Allerdings ist dieses Segment sehr träge. Niemand wird beispielsweise eine funktionierende Heizungsanlage sofort austauschen, nur weil es Zuschüsse gibt. Aber die Richtung in diesem Segment stimmt.

Die meiste Kritik verdient der Bereich **Verkehr**. Schön, dass die Bahn endlich die Gelder zurück bekommt, die ihr seit Jahren vom Bund vorenthalten, ja sogar entzogen wurden. Schön, dass die Fahrpreise sinken sollen. Aber der Ausbau des Schienennetzes dauert, viele Züge sind jetzt schon überfüllt. Die Bahn wieder attraktiv zu machen ist eine Generationenaufgabe. Sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr.

Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird die Bedeutung guter Buslinien und alternativer Verkehrssysteme besonders auf dem Land nicht ausreichend berücksichtigt. Und warum wird das 365-Euro-Jahresticket für den ÖPNV nur in zehn Städten erprobt?

Positiv ist die Veränderung bei der KFZ-Steuer und bei der LKW-Maut. Ein **Tempolimit** 120, 80, 30 km/h, das etwa 5 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr vermeiden ließe, nichts kostet, Lärm verringert und die Verkehrssicherheit erhöht, hält der CSU-Verkehrsminister für „bescheuert“. Leider stimmte auch die Mehrheit der SPD-Bundestagsabgeordneten aus „Koalitionsdisziplin“ gegen die Einführung von Tempo 130 km/h auf Autobahnen als ersten sinnvollen Schritt. Der SPD-Ortsverein Dreisamtal hat dieses Abstimmungsverhalten der SPD-Abgeordneten massiv kritisiert.

Leider bleibt es auch bei der unsinnigen **Dieselsubventionierung**. Diese betrug alleine 2017 8,3 Milliarden Euro. Für den Ausbau der E-Mobilität wurden von 2009 bis 2017 insgesamt 5,3 Milliarden ausgegeben. Würden die Gelder der Dieselsubventionierung vollständig in den Ausbau der E-Mobilität gesteckt, hätten wir sehr schnell ein attraktives Nutzungsumfeld für E-Mobile.

Damit diese aber wirklich umweltfreundlich sind, muss deutlich schneller aus der Kohleerzeugung ausgestiegen werden als jetzt vorgesehen. Dies ist möglich, wenn das Potential der erneuerbaren Energien besser genutzt wird. Beispielsweise könnten Verkehrsflächen (Parkplätze und Straßen) mit PV-Modul-Trägersystemen überbaut werden, wodurch riesige Flächen zur Verfügung stünden. Damit die gewonnene Energie gespeichert werden kann, müssen Speichersysteme (Akkumulatoren, Elektrolysatoren) eingesetzt werden. Hier wären Fördergelder des Bundes notwendig und schnell wirksam.

Elektromobilität bietet sehr gute Wirtschaftsperspektiven. Die europäische Kommission sieht ein Wertschöpfungspotential der Batterietechnologie und E-Mobilität von 259 Mrd. Euro pro Jahr und einen Bedarf von 3 Millionen Arbeitsplätzen in Europa. Leider verhindert das unsinnige Festhalten an der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt die dafür notwendigen Investitionen. Investitionen, die sich innerhalb überschaubarer Zeiträume refinanzieren würden.

Aber das alles ist mit der Union nicht zu machen.

Wie schwierig es ist, gegen den großen Unionsblock in einer Koalition etwas zu erreichen, mussten übrigens auch die Grünen bei den wegen der FDP gescheiterten Koalitionsgesprächen erleben. Das was die Grünen im Entwurf des Koalitionsvertrags festschreiben konnten, war weniger als das, was die SPD jetzt erreicht hat.

Es ist dringend Zeit, Regierungsmehrheiten jenseits der CDU/CSU zu erreichen!

■ Dagmar und Bernd Engesser



CO₂-Preis. Emissionshandel. Klimaprämie.

Was ist das eigentlich alles?

Der CO₂-Preis

CO₂ hat einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass sich unser Klima erwärmt. Wenn es also etwas kostet, dann lohnt es sich, weniger davon in die Atmosphäre zu blasen. Bisher gab es einen Preis für CO₂ nur bei der Energiewirtschaft, die für einen Großteil der Emissionen in Deutschland verantwortlich ist (ca. 39%, Stand 2017).

Im Zusammenhang mit dem von der großen Koalition beschlossenen Klimapaket sollen ab dem Jahr 2021 weitere Bereiche einen Preis dafür zahlen, dass sie CO₂ produzieren. Das betrifft unter anderem Verkehr (21% Anteil) und das Heizen in Privathaushalten (17% Anteil), die auch einen nicht unerheblichen Anteil am gesamten CO₂-Ausstoß haben.

Grundsätzlich würde ein Preis also einer Steuer sehr ähnlich sein. Viele fordern auch eine Steuer, weil es ein einfaches und gut umsetzbares System sein kann, ähnlich wie die Ökosteuer aus dem Jahr 1999.

Man hat sich jedoch dafür entschieden, keine Steuer daraus zu machen, sondern den CO₂-Preis mit einem Emissionshandel umzusetzen und zu steuern.

Emissionshandel

Dieser geht von einer von der Bundesregierung beschlossenen Obergrenze für CO₂-Emissionen für die einzelnen Bereiche Energiewirtschaft, Verkehr und Gebäude aus, die sich ändern und damit auch senken lässt.



Die Bundesregierung gibt nun Verschmutzungsrechte in Form von digitalen Zertifikaten aus, die dazu berechtigen, CO₂ freizusetzen. Und zwar genau eine Tonne pro Zertifikat. Wenn man also CO₂ freisetzt, muss man dafür bei der Bundesregierung Zertifikate kaufen.

Zu Beginn soll eines dieser Zertifikate, also eine Tonne CO₂, 10 Euro kosten. Das führt dazu, dass Brennstoffe vorerst geringfügig teurer werden. Der Preis soll dann bis 2025 ansteigen auf 35 Euro pro Tonne. Danach soll er sich am Markt entwickeln, jedoch maximal 60 Euro pro Tonne kosten. Am Markt entwickeln bedeutet, dass die Zertifikate ab 2026 in einer Auktion ersteigert werden müssen. Die Preisentwicklung erfolgt also bis zu der genannten Obergrenze unabhängig von der Bundesregierung, rein nach Angebot und Nachfrage.

Die Menge der ausgegebenen Papiere lässt sich politisch steuern und damit auch der Preis dafür. Und je höher der Preis ist, desto größer ist auch der Anreiz, wenig Emissionen zu erzeugen. Die Gesamtmenge der Zertifikate ist auch nach 2025 entsprechend der Klimaziele der Regierung begrenzt.

Wie effektiv ist das jetzt in der Klimakrise?

Es wird ein Anreiz geschaffen, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen, um Geld zu sparen. Der schon vorhandene Emissionshandel im Bereich der Energiewirtschaft ist jedoch in der Kritik, weil die Obergrenzen zu hoch sind und die Zertifikate von der Regierung verschenkt wurden. Des Weiteren ist die Umsetzung und der bürokratische Aufwand viel höher, als bei einer Kohlendioxidsteuer, was von vielen kritisch gesehen wird. Ein höherer Einstiegspreis wäre

ebenfalls möglich gewesen, vor allem um schneller auf die Klimakrise zu reagieren. In anderen Ländern gibt es höhere Preise bereits. Es ist folglich sehr fraglich, ob diese Umsetzung im Klimapaket ausreicht, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, so wie es viele Wissenschaftler fordern. Klimaneutralität bis 2035, wie von Fridays for Future gefordert, ist bei einer realistischen Einschätzung unter diesen Umständen nicht zu erreichen.

Und was hat die Klimaprämie mit dem Ganzen zu tun?

Die Klimaprämie ist eine Idee der SPD. Diese soll verhindern, dass ärmere Haushalte durch das oben genannte Modell der CO₂ Bepreisung im Verhältnis stärker belastet werden. Sie soll als einheitlicher Betrag pro Kopf ausgezahlt werden, unabhängig davon, wie klimafreundlich sich der Mensch verhält.

Die Klimaprämie wirkt sich bei ärmeren Haushalten im Verhältnis zum Gesamteinkommen mehr aus, auch weil Menschen mit niedrigem Einkommen im Schnitt weniger CO₂ verbrauchen.

Der Betrag wird direkt aus den Mehreinnahmen durch den CO₂-Preis finanziert und auf die Menschen umgelegt. Die Mehreinnahmen fließen also direkt an den Bürger zurück. Wenn er sich klimafreundlich verhält, bekommt er folglich Geld aus der Prämie und spart Geld durch sein sparsames Verhalten.

Die Klimaprämie wurde in das im Sommer beschlossene Klimapaket der Bundesregierung leider nicht aufgenommen.

■ Marlene Greiwe

Aktiver Klimaschutz und Bauen

Gebäude verursachen in Deutschland etwa 35 Prozent des Endenergieverbrauchs und etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen. Bei Wohn- und Gewerbegebäuden liegt das größte Potential für wirksamen Klimaschutz.

Leider wird dieses Potential viel zu wenig genutzt. Bauplanungen orientieren sich oft noch immer an Planungsideen aus dem letzten Jahrhundert. Oft wird mehr Wert auf Vorschriften zur Farbe der Ziegel gelegt als auf sinnvolle Vorgaben zur Energieeffizienz.

Im Dreisamtal herrscht Wohnungsnot, deshalb stehen hier viele Bauvorhaben an. Die SPD Dreisamtal fordert von den Kommunen ein Umdenken: Die Zeit der Einzel- und Doppelhäuser ist vorbei. Ziel muss es sein, kompakt und flächenschonend zu bauen. Notwendig sind höhere Gebäude mit flachgeneigten Dächern. In Zusammenarbeit mit Spezialisten wie dem Fraunhoferinstitut für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg müssen die Bebauungspläne für eine möglichst hohe Energieeffizienz optimiert werden. Im Dreisamtal sollten entsprechende Modellprojekte umgesetzt werden, um Fördermittel des Bundes und des Landes zu erhalten.

Zukünftig immer wichtiger: Heiz- und Kühlsysteme in Gebäuden müssen kohlenstofffrei betrieben werden, also ohne Einsatz von Öl und Gas. Dabei müssen Wärmepumpen oder Infrarotheizkörper, deren Strom durch Photovoltaikmodu-



Das Bohren nach Öl im eigenen Garten ist selten erfolgreich. Das Anzapfen der Sonne klappt da schon besser!

le an den Gebäuden selbst erzeugt wird, und Wärmeverbundnetze vorgeschrieben werden.

Der nachwachsende Rohstoff Holz sollte stärker genutzt werden. Beton ist der energieintensivste Baustoff und sollte deswegen soweit wie möglich vermieden werden. Gebäudebegrünung und solaraktive Dach- und Fassadenflächen sollten kombiniert werden, um ein günstiges Mikroklima in Siedlungsgebieten zu erreichen.

Verkehrskonzept muss Teil der Bebauungsplanung sein

Berücksichtigt die Bauleitplanung zusätzlich auch Verkehrsaspekte, können auch im Mobilitätssektor zusätzliche Energieeinsparungen und Verringerungen von Schadstoffen erreicht werden. Deshalb müssen neue Baugebiete immer kurze Wege zu öffentlichen Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten und eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und an Fahrradwege vorsehen.

Da die Innenverdichtung von Siedlungsgebieten wegen des Flächenverbrauchs Vorrang vor Neubaugebieten haben muss, sollten die Gemeinden

bestehende Bebauungspläne entsprechend verändern, um auch dort energieeffizientes Bauen und Sanieren zu ermöglichen.

Ein großes Potential besteht auch bei Gewerbebauten. Diese sind derzeit oft nur ein- bis zweistöckig und weisen große Flächen für Parkplätze auf. Auch Gewerbegebäude müssen zukünftig höher werden, Parkraum muss auf den Gebäudegrundflächen durch Tiefgaragen oder zumindest durch mehrstöckige Sammelgaragen geschaffen werden. Auch bei Gewerbebauten müssen Gebäudebegrünung und solaraktive Flächen kombiniert werden.

Und wer soll das alles bezahlen? Energieeffizientes Bauen erfordert zu Beginn eine höhere Investition der Bauherren, wird aber mit der Nutzungsdauer wirtschaftlich. Die Mehraufwendungen sind oft nach fünf, spätestens nach zehn Jahren durch Kosteneinsparungen ausgeglichen. Und bei den derzeit niedrigen Zinsen lohnt sich die Investition besonders.

■ Bernd Engesser

Kurhaus und Wohnen und Hotel. Das geht!

Nur die SPD hat ein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt.

Das geplante Hotel beim Kurhaus war eines der zentralen Themen im Kommunalwahlkampf. Die Hotelplanung wurde von vielen vehement abgelehnt, von manchen ohne Begründung. Von manchen, weil sie etwas gegen den angeblich kapitalistisch-gierigen Investor hatten. Von manchen, weil sie als Gastronomen die Konkurrenz fürchteten. Von manchen, weil sie meinten, dass im Kurgebiet nur Wohnbebauung realisiert werden sollte.

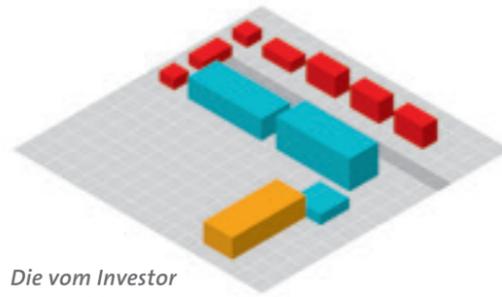
Doch es geht nicht darum, einfach nur ein Hotel zu bauen. Es geht darum, die Infrastruktur für die einheimische Bevölkerung zu erhalten **und** günstigen Wohnraum zu schaffen.

Es sollte jedem klar sein, dass ohne Tourismus viele Einrichtungen für die Einheimischen wegfallen: nicht nur das Schwimmbad, sondern auch viele Geschäfte, Gastronomiebetriebe und kulturelle Angebote.

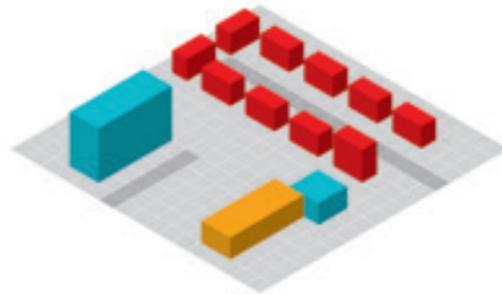
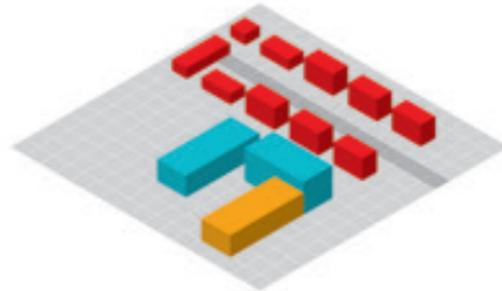
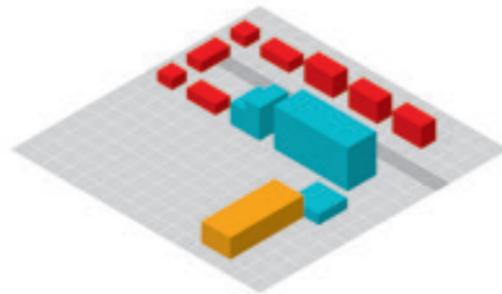
Das Kurhaus muss erhalten bleiben

Konkret gefährdet ist das Kurhaus. Wenn man das Kurhaus als Veranstaltungsort für Vereine und kulturelle Angebote mittel- und langfristig erhalten will, dann muss die Finanzierung dieses Gebäudes gesichert sein.

In das Kurhaus wurden zwischen 2002 und 2018 etwa 3,6 Millionen Euro investiert. Der durchschnittliche Jahresverlust in dieser Zeit lag einschließlich Abschreibungen und Zinsen bei jährlich 140.000 Euro, also bei 2,25 Millionen Euro in diesen 16 Jahren. Der absehbare notwendige Sanierungsbedarf in den nächsten Jahren liegt bei 900.000 Euro. Werden außerdem weitere sinnvolle Maßnahmen realisiert, werden zusätzlich etwa 3 Millionen Euro benötigt. Geld, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird, beispielsweise für Kinderbetreuung.



Die vom Investor vorgeschlagene Variante



Kreative Ideen bei der Planung ermöglichen günstigen Wohnraum, ein funktionales Hotel und die Erhaltung des Kurhauses.

Die SPD konnte im Kommunalwahlkampf darlegen, dass mit dem Hotelbau gekoppelt an den Betrieb des Kurhauses nicht nur die Sanierungs- und Betriebskosten des Kurhauses für die nächsten 30 Jahre nicht mehr den Gemeindehaushalt belasten würden, sondern dass sogar zusätzlich freie liquide Mittel von jährlich etwa 100.000 Euro zur Verfügung stehen könnten.

Und das Kurhaus könnte weiterhin der Bevölkerung für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Intelligente Planung ist notwendig

Die SPD zeigte auch mehrere Varianten auf, wie Hotel und kostengünstige und ökologische Wohnbebauung gleichzeitig möglich sind. Die Überplanung des Gebiets ermöglicht ein neues Verkehrskonzept, auch für das Freibad und den Campingplatz.

Der Antrag der SPD für eine entsprechende Planung fand glücklicherweise im Gemeinderat eine Mehrheit.

Jetzt geht es konkret darum, diesen Gemeinderatsbeschluss zeitnah umzusetzen, damit das Kurhaus als wichtiger Veranstaltungsort für die Menschen im Dreisamtal erhalten bleibt. Und damit günstiger Wohnraum geschaffen werden kann.

■ SPD-Gemeinderatsfraktion Kirchzarten



Der Antrag der SPD-Fraktion, der von der Gemeinderatsmehrheit angenommen wurde, lautete:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam unter der Beteiligung mit den Bürgern und möglichen Investoren, einem Architekt und/oder Städteplaner nach Alternativlösungen bezüglich des Standorts und der Kubatur des Hotels zu suchen.

Darüber hinaus sollen dem Gemeinderat – wenn möglich – auch andere Finanzierungsformen für die notwendige Renovierung des Kurhauses vorgelegt werden.

Der Gemeinderat ist ständig in die laufenden Überlegungen und Gespräche einzubinden.

Die Transparenz für unsere Bürger muss rechtzeitig gewährleistet sein.



Lärmgeplagtes Dreisamtal

Von wegen Idylle:
Im Dreisamtal ist der Verkehr zu laut!

Immer häufiger beschwerten sich Bewohner des Dreisamtals über Verkehrslärm. Die SPD-Dreisamtal hat deshalb ein geeichtes Lärmmessgerät angeschafft und an vielen Stellen im ganzen Dreisamtal Lärmmessungen durchgeführt. Unsere Messungen beweisen: Der Verkehr im Dreisamtal ist zu laut. Damit bestätigen die Messungen nicht nur das subjektive Empfinden der Einwohner im Dreisamtal sondern auch die für wenige Straßen vorliegenden Ergebnisse der Lärmgutachten.

Das Umweltbundesamt empfiehlt, dass ein Mittelungspegel von 65 dB(A) tagsüber und 55 dB(A) nachts nicht überschritten werden sollte, da sonst negative gesundheitliche Folgen zu erwarten sind. Die Empfehlungen der Weltgesund-

heitsorganisation (WHO) vom Oktober 2018 für Verkehrslärm liegen sogar weit unter denen des Umweltbundesamtes. Die WHO empfiehlt für Straßenlärm eine Grenze des Mittelungspegels von 53 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht.

Die empfohlenen Grenzwerte werden häufig überschritten

Als Beispiel eine Nachtmessung „Am Keltenbuck“ in Kirchzarten:

Empfohlener Grenzwert nach WHO:	45 dB(A)
Grenzwert nach Bundesumweltamt:	55 dB(A)
Gemessener Durchschnittswert:	57,17 dB(A)
Gemessener Maximalwert:	75,7 dB(A)



Lärm macht krank!

Der Zusammenhang zwischen Lärm und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, einschließlich Herzinfarkt, ist durch diese und weitere Ergebnisse der Lärmwirkungsforschung belegt. Die Frage ist also nicht mehr, ob Lärm krank macht, sondern in welchem Ausmaß.

Quelle: umweltbundesamt.de

Tempolimit ist Klimaschutz

Tempo 130 kostet nichts, ist sofort wirksam, verringert Lärm und erhöht die Verkehrssicherheit

„Ein generelles Tempolimit steht nicht im Einklang mit den verkehrspolitischen Zielen der Regierung,“ erklärt das CSU-geführte Verkehrsministerium Ende Januar diesen Jahres zu den Vorschlägen der Regierungskommission „Zukunft der Mobilität“. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer sagte am 19.01.2019 der Bildzeitung, derartige Vorschläge seien "gegen jeden Menschenverstand".

Grund für diese Beurteilung ist die angeblich zu geringe Wirkung eines Tempolimits auf Autobahnen. Bei einer Tempobegrenzung auf 130 km/h auf Autobahnen spricht Minister Scheuer selbst von Einsparungen von etwa 1,6 Millionen Tonnen CO₂, eine Studie des Umweltbundesamtes spricht von bis zu 3 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Bei einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Außerortsstraßen und 30 km/h auf Innerortsstraßen würden nach Berechnungen der Deutsche Umwelthilfe 5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart.

Der gesamte CO₂-Ausstoß Deutschlands über alle Sektoren beträgt etwa 800 Millionen Tonnen pro Jahr. Da erscheinen 5 Millionen Tonnen tatsächlich gering.

Andererseits würde ein generelles Tempolimit praktisch keine Kosten verursachen, wäre sofort einführbar und damit unmittelbar wirksam, würde außerdem die Lärmbelastung senken und die Verkehrssicherheit erhöhen.

Keine andere Einzelmaßnahme im Verkehrsbereich birgt kurzfristig ein so großes CO₂-Einsparpotential. Vom Kosten-Nutzen-Aspekt ist ein Tempolimit eine der besten Maßnahmen. Deshalb befürworten das Umweltbundesamt und die Mehrheit der Verkehrsforscher ein Tempolimit als wirksam, schnell und günstig.

Man kann auch sagen, es ist bescheuert, kein Tempolimit einzuführen.

Leider stimmte auch ein Großteil der SPD-Fraktion am 17.10.2019 zur „Wahrung des Koalitionsfriedens“ gegen einen Antrag der Grünen zur Einführung des Tempolimits 130 km/h auf Autobahnen.

Die Polizei hat im Jahr 2018 in Deutschland **2,63 Millionen Verkehrsunfälle** erfasst, dabei starben **3.275 Menschen** und **399.293** wurden verletzt, **67.057** davon schwer?

Der durch Verkehrsunfälle verursachte volkswirtschaftliche Schaden belief sich im Jahr 2008 auf **31 Milliarden Euro**.

Quellen: ADAC, Wikipedia



Rasen erlaubt: auf der B 31 kurz vor der Ausfahrt Kirchzarten wird die Geschwindigkeit trotz Einmündungsverkehr von 100 km/h auf 130 km/h hochgesetzt – für ganze 1,4 km. Wen interessiert schon, was da an Klimagasen rausgepusht wird für einen Zeitvorteil von maximal 11,7 Sekunden!

Der SPD-Ortsverein Dreisamtal verurteilt dieses Abstimmungsverfahren und hat dies der SPD-Fraktion mitgeteilt:

„Liebe Genossinnen und Genossen der Bundestagsfraktion,

seit mehr als 10 Jahren fordert die SPD im Parteiprogramm die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen. Vor Ort fordern wir Tempo 120, 80, 30 km/h.

Aber die Mehrheit der Bundestagsfraktion stimmte bei der namentlichen Abstimmung am 17.10.2019 gegen ein Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen. Nur Hilde Mattheis und Johann Saathoff haben für das Tempolimit gestimmt und sich damit an unser Programm gehalten. Elvan Korkmaz, Kirsten Lühmann und Martina Stamm-Fibich haben sich immerhin enthalten. 24 SPD-Abgeordnete waren nicht anwesend. Das heißt 122 SPD-Abgeordnete haben gegen einen Beschluss in unserem Parteiprogramm gestimmt.

122 Abgeordnete haben gegen Energieeinsparung und Verringerung von Luftschadstoffen gestimmt, gegen weniger Lärm und weniger Verkehrstote und -verletzte.

Dies obwohl beispielsweise beim CO₂-Ausstoß selbst nach Berechnungen des Verkehrsministers jährlich 1,6 Millionen Tonnen CO₂ durch diese Maßnahme vermieden werden könnten. Ohne dass dadurch Kosten anfallen würden! Auch wenn die CO₂-Einsparung vielleicht gering ist, es gibt keine andere Maßnahme, die eine so hohe Kosten-Nutzen-Effizienz hat und sofort einführbar wäre.

122 Abgeordneten scheint die Glaubwürdigkeit der SPD und ihrer Vertreter vor Ort unwichtig zu sein. Dabei ist Glaubwürdigkeit in der Politik der bedeutendste Faktor für eine Wahlentscheidung.

Der Vorstand des Ortsvereins Dreisamtal hat deshalb einstimmig beschlossen, Euch mitzuteilen, dass wir dieses Abstimmungsverhalten auf das Entschiedenste verurteilen.

Und kommt uns jetzt bitte nicht mit irgendwelchen Koalitionszwängen. Eine Koalition, die uns zwingt, unsere Grundsätze aufzugeben und unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren ist eine falsche Koalition.“

■ Bernd Engesser

Selbst die Landkreisverwaltung bestätigt, dass sogar die höheren Grenzwerte nach Lärmschutz-Richtlinie-Straßenverkehr laut Lärmgutachten überschritten werden:

„Die errechneten Immissionswerte betragen tagsüber 71 dB(A) und nachts 61 dB(A). Der Lärmpegel erreicht insoweit die Grenzwerte der Lärmschutz-Richtlinien-StV sowie auch die Grenzwerte des Kooperationserlasses des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI) vom 29.10.2018.“

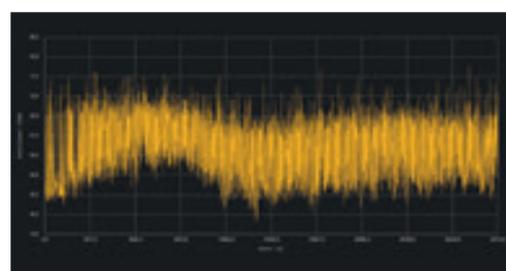
Trotzdem lehnt der Landkreis hier wie an vielen anderen Stellen im Dreisamtal eine Geschwindigkeitsreduzierung ab:

„Ihr Antrag auf weitere Beschränkung der bestehenden zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h aus Lärmschutz- und Verkehrssicherheitsgründen auf 50 km/h (tags) bzw. 30 km/h (nachts) im Zuge der Höllentalstraße (K 4909) in Kirchzarten wird abgelehnt.“

Der Schutz der Einwohner vor Lärm und Gefahren durch Verkehr ist der Verkehrsbehörde des Landkreises offensichtlich nicht wichtig. Es gibt bei Tempolimits für die Behörde Ermessensspielräume, diese werden aber ausschließlich zum

Nachteil der Bewohner ausgelegt. Hauptargument: die Menschen wussten doch schon beim Einzug, dass es dort laut ist und man könne ja auch die Fenster schließen.

Der Autoverkehr hat für die Behörde offensichtlich immer Vorrang. Dies obwohl die Zeitverzögerungen bei reduzierter Geschwindigkeit gering sind: Wird die Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h gedrosselt, so benötigt man gerade einmal 48 Sekunden länger für einen Kilometer, bei einer Verringerung von 70 km/h auf 50 km/h sind es nur 20,57 Sekunden.



Schalldruckpegel in Stegen, Kirchzartener Straße / Oberbirken gemessen am 29.11.2019 vormittags. Zulässige Geschwindigkeit 50 km/h.

Die SPD fordert ein sofortiges Umdenken

Da das Verkehrslärmproblem im gesamten Dreisamtal besteht, fordert die SPD die Reduzierung der Geschwindigkeiten mit entsprechenden Durchsetzungsmitteln (Blitzer, Plateauschwellen usw.) im gesamten Dreisamtal:

- Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h innerorts und maximal 70 km/h außerhalb geschlossener Ortschaften, wenn dort Bebauung besteht 50 km/h. Auf der 4-spurigen B-31 maximal 100 km/h.
- Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität mit E-Bikes und E-Autos, da dies ebenfalls den Lärm reduziert.
- Ein Mobilitätskonzept, das alle Verkehrsarten (Fuß-, Rad-, Öffentlicher und Individualverkehr) umfasst, mit dem Ziel Lärmbelastungen und Schadstoffe zu reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

■ Bernd Engesser

Im Jahr 2018 bildeten sich in Deutschland rund 745.000 Staus, die es summiert auf eine Gesamtlänge von rund 1.528.000 Kilometer brachten. Im Schnitt bildete sich damit jeden Tag eine Blechlawine von knapp 4200 Kilometern – so die ADAC-Staubilanz. Insgesamt verbrachten Autofahrer in diesen Staus rund 459.000 Stunden – umgerechnet ca. 52 Jahre!

Quelle: ADAC

Brauchen wir die SPD heute noch?

Wir leben (noch!) in einer freien Gesellschaft

Wir leben in einer der freiheitlichsten, liberalsten, gerechtesten und sozialsten Demokratien unserer Erde, vor allem dank der mutigen Ideen von Sozialdemokraten der 70er- und 80er- Jahre („Mehr Demokratie wagen“, Ostverträge, Betriebsverfassungsgesetz). Selbstverständlich **muss** aus sozial-demokratischer Sicht unsere Gesellschaft noch um einiges gerechter gestaltet werden: beispielsweise Erhöhung der Mindestlöhne, Wegfall der Kindergartengebühren, Einführung einer gerechten Vermögens- und Erbschaftsteuer, Grundrente, Europa stärken. Die Nachteile der Sozialen Marktwirtschaft wie zerstörerischer Wettbewerb, Übermacht der Konzerne und weitere unsoziale Auswirkungen müssen reduziert werden!

Auf der Suche nach den besten Lösungsmöglichkeiten streiten sich Sozialdemokraten – es liegt wohl in ihren Genen. Sozis müssen streitlustig sein, sie verzehren sich manchmal dadurch, eben auch durch sogenannte „Große Koalitionen“. Sie versuchen für **viele** zu handeln und nicht für wenige Privilegierte. Sie sind dadurch **unverzichtbar** in einer parlamentarischen Demokratie. Sozialdemokraten bildeten schon immer ein Bollwerk gegen unheilbringende, menschenverachtende, faschistische Mächte und Tendenzen, beispielsweise bei Hitlers Machtübernahme 1933. Solche Mächte sehe ich heute auch in mächtigen Weltkonzernen.

Es gibt Bürger, die sich von Parteien enttäuscht fühlen, auch von unserer SPD. Daher gehen sie nicht mehr wählen oder rennen unüberlegt zu anderen Parteien, welche scheinbar einfache Lösungen anbieten wie die AfD.

Establishment und Visionen

Visionen kommen von sehen auch in die Zukunft schauen nach vorne blicken aus der Vergangenheit lernen nicht verharren, auch Gutes, Bewährtes übernehmen!! Etabliert heißt: verharren . . . , sich's gemütlich machen. Wenn sich's die SPD gemütlich macht, gehöre ich nicht mehr dazu!

Wolfgang Brenneisen



Es gibt keine simplen Lösungen

In unserer immer komplexer werdenden Welt und in einer Demokratie gibt es diese „simplen“ Lösungen jedoch nicht. Durch diesen großen Teil der Bevölkerung erwachsen den Demokratien große Gefahren. Diesen Lösungsversuchen und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen stellt sich die Sozialdemokratie schon seit über 150 Jahren entgegen. Auch wenn die SPDler dafür oft als „Vaterlandsverräter“ diffamiert wurden. **Wie uns das alles heute wieder bekannt vorkommt!**

Wenn Menschen, Minderheiten beschimpft, beleidigt oder bedroht werden, sind alle Demokraten gefordert. Sozialdemokraten treten für eine Politik im Geiste der Offenheit, einer respektvollen Toleranz gegenüber Standpunkten ein, sobald diese nicht gegen das Grundgesetz verstoßen. Hätten sozialdemokratische Vordenker wie z.B. Hermann Scheer, Ernst-Ulrich v. Weizsäcker oder Erhard Eppler und charismatische Persönlichkeiten wie Willy Brandt ihre realistischen Visionen nach und nach verwirklichen können, ständen wir heute in der Bundesrepublik, was Umwelt- und Naturschutz, Europa- und Weltpolitik (Entwicklungspolitik), soziale Gerechtigkeit angeht, deutlich besser da.

Zugegeben, unsere kapitalistische Wirtschaftsweise hat einen allgemeinen Wohlstand für viele gebracht, andererseits aber gewaltige Umweltprobleme mit einhergehendem Anwachsen der Flüchtlingsströme und weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten. Angesichts beunruhigenden, weltweit zunehmenden autokratisch regierenden Politikern (Erdogan, Orban, Kaczynski, Putin und dem unberechenbaren Clown in den USA, um nur einige zu nennen) wäre es naheliegend,

dass sich jeder verantwortungsbewusste Bürger mehr politisch interessiert und einmischt. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt meinte einmal: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen!“ In unserer Welt, die in vielerlei Hinsicht aus den Fugen zu geraten scheint, brauchen wir aber Visionen und Visionäre. Die SPD und andere linksstehende demokratische Politiker in vielen Ländern hatten schon immer Visionäre in ihren Reihen. Hätte man schon früher auf sie gehört, dann könnten wir in einer friedlicheren Welt und mit weniger gravierenden Umweltproblemen leben. Und wie die Regionalkonferenzen zur Wahl der SPD-Vorsitzenden gezeigt haben, verfügt die SPD immer wieder über genügend fähige und visionäre Spitzenpolitiker.

Natürlich SPD!

Klimakatastrophe, weitere Flüchtlingsbewegungen, Wirtschaftskrise, Nachteile der Digitalisierung, ständige Kriegsgefahren drohen. Lösungen traue ich allen anderen Parteien zusammen – dazu gehören auch die „Grünen“ – nicht zu. Nämlich den Spagat zwischen den Verwerfungen im Sozialen und den Klimaverwerfungen zu schaffen oder das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit annähernd lösen zu können. Die SPD strebt eine humane, sozial gerechte, den Globus bewahrende Gesellschaft an. In einer Demokratie wird Geduld verlangt. Für die verantwortlichen Politiker stellt es harte Arbeit dar!

Eine erfahrene, jung bleibende, frische und starke Sozialdemokratie ist wichtig für die Demokratie und gut für Deutschland.

■ Wolfgang Brenneisen

In Erinnerung an einen visionären SPD-Politiker

Er war Bundesminister unter Willy Brandt (1968 – 74), SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg. Erhard Eppler war ein begnadeter Analytiker des Zeitgeschehens und wies schon in den 70er-Jahren auf die heutigen Umweltprobleme hin.

„Daß die autogerechte Stadt nicht mehr die menschengemäße sein kann, haben zuerst linke Gruppen gegen konservative Technokraten verfochten. Daß es für ein Auto Geschwindigkeiten gibt, die nicht nur übermäßig viel Benzin verschlingen, sondern auch die menschliche Reaktionsfähigkeit überfordern, wird von rechts mit der Parole „Freie Fahrt für freie Bürger“ quittiert ... Und der biologische Landbau wird nicht vom Bauernverband, sondern von jungen Menschen vorangetrieben, die sich als links verstehen. Der Rechten geht es zuerst darum, Machtstrukturen zu erhalten, auch um den Preis, dass Werte verkümmern, deren Erhaltung man früher propagiert hatte.“ (Erhard Eppler „Wege aus der Gefahr“, S. 138f).

Oder an anderer Stelle (S. 43)

„... daß der Anteil des wohlfahrtsfragwürdigen Wachstums immer größer, der des wohlfahrtsfördernden Wachstums immer kleiner werde, läßt sich an täglichen Erfahrungen erhärten. Wenn unsere Felder – ebenso wie das Vieh – mit immer mehr Chemikalien traktiert werden, so ist das Wachstum. Wenn dadurch – vielleicht nur vorübergehend – mehr Weizen geerntet oder Kälber gemästet werden, so schafft dies Wachs-

tum. Wenn dadurch mehr Überschüsse in Kühlhäusern gelagert werden, schlägt sich dies in Wachstum nieder. Wenn für die Kühlhäuser mehr Strom gebraucht wird, ist dies Wachstum; wenn dafür neue Kraftwerke gebaut werden müssen, ist dies noch einmal Wachstum ... Mit Beispielen dafür, wie Wachstum immer häufiger nicht in der besseren Befriedigung von Bedürfnissen, sondern in immer unsinnigerem und komplizierterem Aufwand besteht, ließe sich ohne Schwierigkeiten ein Buch füllen...“

Anlässlich seines Todes im Oktober diesen Jahres schrieb Gesine Schwan: „An ihm (Eppler; die Redaktion) kann man sehen, dass man der Sache nach Recht behalten kann, auch wenn man keine Mehrheiten bekommt.“

Sorgen wir dafür, dass Sozialdemokraten im Geiste Erhard Epplers, die schon vor Jahrzehnten aufgezeigt haben, dass mit falscher, ruinöser Marktwirtschaft nicht nur dem arbeitenden Menschen, sondern auch der Natur auf ungerichte Weise Schaden zugefügt wird, endlich besser Gehör finden! Viele Sozialdemokraten sorgen sich um Natur und Umwelt, vergessen dabei aber nicht die Sorge um die Menschen, die eben nicht so vermögend sind, um sich der drohenden Umweltkatastrophe auf unverantwortliche Weisen herausstehlen zu können. Wir brauchen diese Sozialdemokraten, dringender denn je – es gibt sie auch heute noch!

■ Wolfgang Brenneisen

Gedanken aus den 70er und 80er-Jahren als Vermächtnis für heute



Aktuelle Bücher von Erhard Eppler:

Links leben: Erinnerungen eines Wertkonservativen.
ISBN: 3549074654

Eine solidarische Leistungsgesellschaft: Epochenwechsel nach der Blamage der Marktradikalen.
ISBN: 3801204227

Trump – und was tun wir? Der Antipolitiker und die Würde des Politischen.
ISBN: 3801205290

Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution ... Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und Ethik des Genug. (Mitautor: Nico Paech)
ISBN: 3865818358

Privatisierung der politischen Moral.
ISBN: 3518121855

Auslaufmodell Staat.
ISBN: 3518124625

Biographie über Erhard Eppler:

Renate Faerber-Husemann:
Der Querdenker Erhard Eppler:
Eine Biographie
ISBN: 3801204022

Gro-Go oder Gro-K.O.?

Die SPD und die Koalitionsfrage. Soll die „Große Koalition“ bis zum Ende der Legislaturperiode fortgeführt oder soll sie beendet werden? Das meinen Mitglieder des SPD-Ortsvereins Dreisamtal

Fortführung der Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode

■ Claudia Glißmann | Gemeinderätin in Stegen

Ich bin der Ansicht, dass die GROKO weiterbestehen sollte, da wir sonst unglaublich werden. Wir haben uns auf den Deal eingelassen und müssen ihn zu Ende bringen, auch wenn dies schwer wird :-)
Nach Ablauf der Periode wäre es besser in die Opposition zu gehen, aber nicht jetzt.

■ Hajo Glißmann | Kassierer des Ortsvereins Dreisamtal

Ich bin für die Fortsetzung der jetzigen Regierung bis zum Ende der Legislaturperiode, weil unsere Wähler eine sozialdemokratische Politik in Deutschland wollen. Und die kann eben nur von der SPD gemacht werden. Es wurde viel erreicht. Jetzt muss den Wählern aber vor Augen geführt werden, wo Deutschland ohne unsere Regierungsbeteiligung stehen würde.

■ Karl Wassermann | SPD-Mitglied

Ich bin für die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung der SPD (leider sind wir nicht die Regierung, sondern nur der Juniorpartner von CDU/CSU) bis zum Ende der Legislaturperiode, weil
a) ein jetziger Ausstieg der „Umfall vom Umfall“ wäre und die SPD den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielen würde. Ein sofortiger Ausstieg wäre vielleicht noch glaubwürdig gewesen, wenn man ihn mit konkreten, aktuellen Sachfragen verknüpft hätte („...bis hierher und nicht weiter..!“). Dieses ist aber nie geschehen. Z.B. verteidigen unsere Minister die Kompromisse zum Klimawandel bis heute.
b) die Verwirklichung unserer Oppositionssehnsüchte („Ausstieg jetzt!“) unsere programmatische und menschliche Zerrissenheit auf Bundesebene nur notdürftig kaschieren würde.
c) die mehrfache Delegation der Koalitionsfrage an die Mitglieder der SPD ein Ausdruck von Führungsschwäche ist („nun sagt uns doch was wir wollen sollen!“).

■ Klaus Kiesel | Ex-Gemeinderat in Stegen

Ich war und bin für eine Beteiligung der SPD an der GroKo, weil ich der Meinung bin, dass die SPD nur als Regierungspartei konstruktiven Einfluss auf die Entwicklung Deutschlands hat. Natürlich wäre eine Alleinregierung besser. Ich denke wie Müntefering: Opposition ist Mist.

■ Markus Millen | Gemeinderat in Buchenbach, Vorsitzender der SPD-Dreisamtal

Ich war gegen die Groko 2017, leider hat die Parteibasis anders entschieden. Jetzt bin ich für die Fortführung bis zum Ende der Legislaturperiode und erlaube mir auch Ausführungen, wie die taktische Arbeit in der GroKo aussehen sollte: Ein jetziges Aussteigen würden viele Wähler (nicht Parteimitglieder) nicht verstehen und damit die anhaltende Negativstimmung gegenüber der SPD verstärken. Wir würden unseren Abstieg damit noch einmal beschleunigen!!!
Wenn eine rot-rot-grüne Regierung auf Bundesebene möglich werden soll, braucht es dazu eine starke SPD. Diese Option würde durch einen jetzigen Ausstieg konterkariert.
Teilweise haben SPD-Minister gute Ideen in die Regierungsarbeit eingebracht (Hubertus Heil, Svenja Schulze). Diese gilt es offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen und damit klarzustellen, wofür die SPD steht.
Auch in einer Koalition kann man also seine Haltungen zum Ausdruck bringen. Klar ist, dass man in der Koalition Kompromisse eingehen muss, um überhaupt weiterzukommen. Dann aber bitte genau das auch erklären und nicht schönreden, wie z.B. das Klimaschutzpaket!!!

■ Stefan Saumer | Gemeinderat in Kirchzarten

Groko ja, um nicht vollends in der (Oppositions-) Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Aber unbedingt mit breiterer Brust und mehr Selbstbewusstsein!

Beendigung der Koalition

■ Hans Seybold | SPD-Mitglied

Ich bin für die Beendigung der „Großen Koalition“ da:
• sich die SPD neu aufstellen muss, je eher dieses geschieht, umso besser;
• die SPD am Ende der Legislatur nicht besser dasteht als bei einer vorzeitigen Trennung
• die SPD in der GROKO als eine Art CDU-light erscheint
• die Arbeit und Erfolge der SPD in der Koalition nicht deutlich werden, vieles wird auch der Union gut geschrieben
• es zu viele Kompromisse zu Lasten der SPD gibt
• es auch für unsere Demokratie besser ist, wenn sich SPD und auch die Union wieder authentischer darstellen können.

■ Bernd Engesser | stellvertretender Vorsitzender der SPD-Dreisamtal

Deutschland braucht eine den aktuellen Herausforderungen angemessene Wirtschafts- und Sozialpolitik. Deutschland braucht mutige Schritte beim Umwelt- und Klimaschutz. Die CDU/CSU verweigert sich den notwendigen Veränderungen. Die SPD kann als kleinerer Koalitionspartner in dieser Regierung nur das Schlimmste verhindern. Und muss deshalb oft eigene Überzeugungen verraten. Es wird Zeit, sich neue Mehrheiten für eine zukunftsweisende Politik zu suchen. Sofort!

■ Petra Zentgraf | Ex-Gemeinderätin in Kirchzarten

Für unsere Kinder: raus aus der GroKo. Die Bundespolitik muss die Weichen stellen für die Lebensbedingungen künftiger Generationen. Nicht nur das Klimapaket zeigt, dass dies mit der CDU/CSU nicht möglich ist. Die SPD muss für ihre Überzeugungen kämpfen und nicht unzureichende Entscheidungen mittragen. Willy Brandt sagte „mehr Demokratie wagen“, ich ergänze „mehr Zukunft wagen“ und dafür Mehrheiten suchen. Unsere Kinder und Enkel können soviel Verantwortung von uns erwarten.



Ich hielt parteipolitisches Engagement lange für etwas Grassiges. ...
Unterdessen sehe ich es anders. Wir haben kein besseres Modell als das demokratische. Die rechtsnationalistischen Bewegungen der Jetztzeit unterstützen meist eine national-autoritäre Staatsform, an deren Ende die Aushöhlung des Sozialstaates und eventuell eine Art digitaler Faschismus stehen. Dagegen hilft neben außerparlamentarischen Aktionen nur die Unterstützung von Parteien. <<

Die Schriftstellerin Sibylle Berg über politische Parteien: (in Die Zeit vom 07.11.2019)

Sie wollen politisch etwas bewegen?

Werden Sie Mitglied bei der SPD.

Es ist ganz einfach: <https://mitgliedwerden.spd.de/eintritt>

Rechtsextreme stoppen!

■ Ein Kommentar von Bernd Engesser

Wie konnte es soweit kommen? Das fragten sich rückblickend nach dem Ende der Nazidiktatur viele. Wie konnte eine zunächst unbedeutende Bewegung einiger verrückter Rassisten die politische Macht ergreifen und eine bürgerliche, freiheitliche Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Unmenschen umwandeln?

Einer der Gründe: weil die Menschen den Rassisten nicht rechtzeitig Einhalt geboten haben. Und heute?

In Thüringen kandidierte mit Bernd Höcke ein Faschist als Spitzenkandidat der AfD. Die AfD wurde dort ganz bewusst von 23% der Wähler gewählt. Der von ihm geführte „Flügel“ bestimmt inzwischen die Parteiprogrammatik der AfD, was beispielsweise der Europaparteitag der AfD deutlich zeigte.

Auch die angeblich national-liberalen Kräfte wie Meuthen, der beispielsweise das letzte „Kyffhäuser-Treffen“ der rechtsextremen „Patriotischen Plattform“ besuchte, übernehmen zunehmend die Positionen des rechtsradikalen „Flügels“. „Fliegenschiss“-Gauland und „Kopftuchmädchen“-Weidel scheuen selbst im Bundestag keine nationalistischen und rassistischen Sprüche. Die Bundestagsabgeordneten Seitz (Wiedereinführung der Todesstrafe) und Frohnmaier („Wenn wir erst an der Macht sind, wird aufgeräumt“) oder die Abgeordneten Rapp und Gedeon im Landtag, die von der Polizei aus dem Landtag geführt werden mussten, zeigen deutlich, wofür die AfD steht.

Und das beschränkt sich nicht nur darauf, die Landtagspräsidentin Baden-Württembergs in Anatolien entsorgen zu wollen. Politischen Gegnern wird schon einmal nahegelegt, Deutschland zu verlassen, so lange man es noch kann. Es wird in anonymen Briefen offen Gewalt angedroht.

Die AfD ist eine Gefahr für unsere freiheitliche Staatsverfassung: Während Parteigründer Bernd Lucke und selbst die strikt national-konservative Frauke Petry sich noch als Alternative in unserem politischen System sahen, sieht sich ein großer Teil der AfD inzwischen als Alternative zu unserem Staats- und freiheitlichen Gesellschaftssystem. Die AfD stellt das ganze politische System Deutschlands infrage. Ihr geht es um eine grundsätzliche Veränderung der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Einer ihrer Vorbilder ist Erdogan in der Türkei, der die Strategie deutlich aussprach: „Demokratie ist der Zug, der uns ans Ziel bringt. Sind wir am Ziel, dann verlassen wir den Zug.“ In der Türkei ist es schon so weit, die Demokratie wird systematisch zerstört. PiS in Polen und FIDESZ in Ungarn sind auch schon auf diesem Weg. Vorbilder der AfD.

Ich gestehe zu, dass diese extremistische Einstellung der AfD-Aktivistinnen von vielen AfD-Wählern nicht in vollem Umfang geteilt wird. Es mag sein, dass Unzufriedenheit mit dem Agieren der „Altparteien“, Abstiegsängste oder das Empfinden von sozialen Ungerechtigkeiten und ähnlichem Menschen dazu bringt, aus Protest oder Frust AfD zu wählen.

Diese Protestwähler sollten sich aber schon fragen, ob Unzufriedenheit mit einzelnen Punkten in unserer Gesellschaft und im politischen System es rechtfertigen, das gesamte Gesellschafts- und Politiksystem Deutschlands zu zerstören.

Jedem AfD-Wähler muss klar sein: er zerstört unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft. Wir sollten das nicht zulassen!

Buchtipps!

Sehr anschaulich und historisch fundiert stellt Peter Prange in seinen beiden Romanen über Deutschland von 1933 bis zum Ende des 2. Weltkriegs dar, wie schnell sich eine demokratische Gesellschaft in eine unmenschliche Diktatur wandeln kann und welche Folgen das hatte. Eine Warnung für uns alle!

Peter Prange: Eine Familie in Deutschland.

Band 1:
Zeit zu hoffen, Zeit zu leben.
ISBN: 3596299888

Band 2:
Am Ende die Hoffnung.
ISBN: 3651025020

Dreisamtäler Geschichte



Die Villas des Baldenwegerhofs heute – genutzt vom Forstzoologischen Institut der Stadt Freiburg

Ich möchte Ihnen aus der Geschichte eines Hauses erzählen: von der Villa des Baldenwegerhofes. Sie sind an diesem Haus sicher schon öfter vorbei gegangen, zwischen Wittental und Attental etwas zurück am Hang, und dachten: hier sollte man wohnen.

Das schön gelegene Haus hat eine wechselvolle Geschichte.

Im Jahre 1910 war das Anwesen Baldenwegerhof kräftig verschuldet, ca. 100.000 Mark Schulden standen im Grundbuch. Das Gut musste verkauft werden. Als Käufer trat ein Mann namens Fritz Schueler van Krieken auf.

Wer war dieser Fritz Schueler van Krieken? Er war der Sohn von Major Gustav Adolf Wilhelm Schueler aus Berlin und Antonia van Krieken aus Ingelheim, der Tochter einer aus Holland stammenden Familie, die in Indonesien mit Zucker-Gewinnung ein Vermögen machte.

Friedrich Egidius Anton Schueler van Krieken wurde am 10. Oktober 1885 in Berlin geboren. Nach dem Umzug der Familie nach Darmstadt besuchte er dort die Schule und begann am 10.1.1904 seinen Militärdienst. 1915 – 1916 war er Beobachter in der Feldfliegerabteilung 23, war im 1. Weltkrieg als türkischer Rittmeister und Major in Gallipoli in der Türkei. Er heiratete 1922 in Kronstetten Kreis Schwandorf, Oberpfalz Ada Suermond (1885–1966), die in erster Ehe seit 1911 mit Baron Carl Heinrich Gayling von Altheim in Ebnet verheiratet war (von dem sie 1921 geschieden wurde).

Carl Heinrich Gayling von Altheim war ein Kriegskamerad von Schueler van Krieken.



Die Villa des Baldenwegerhofs war 1942 ein Kinderheim der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Gleichzeitig war die Kreisleitung der NSDAP dort untergebracht.

Die Villa des Baldenweger Hofes

Verbindungen zur NSDAP

Nach Kriekens frühem Eintritt in die NSDAP (1926) entwickelte sich eine Freundschaft mit Adolf Hitler, dessen geistiger und vor allem finanzieller Mentor er wurde. Er hatte eine Adresse in Freiburg, in Garmisch, in Partenkirchen und in Zürich. Schueler van Krieken kaufte im Jahre 1910 das ganze Anwesen Baldenwegerhof und ließ im Jahre 1911 die Villa an der heutigen Föhrenbühlstraße vom Freiburger Architekten Rudolf Schmid planen und bauen. Der heutige Schloßbesitz in Ebnet, Nikolaus Freiherr zu Gayling und Westphal, erzählt von seiner Großmutter (der schon erwähnten Ada), dass in der Villa vom Baldenwegerhof oft kräftig gefeiert wurde. Ob auch van Kriekens Freund Hitler mal zu Gast in der Villa war, ist mir nicht bekannt. Doch von gemeinsamen Essen in Garmisch der Familie Schueler van Krieken mit Hitler hat die Tochter von Ada ihrem Sohn (dem heutigen Herrn von Gayling) erzählt.

Van Krieken lebte auf großem Fuß und schon 1925 war im Grundbuch eine hohe Schuld eingetragen. Spielsucht und Rauschgift wird gemunkelt. 1936 wurde auch die Ehe mit Ada geschieden. Mehrfach wurde von van Krieken das Testament geändert. Mehrere Klinikaufenthalte im Glotterbad sind erwähnt. Schließlich musste das Anwesen verkauft werden. Die Ära Schueler van Kriekens in der Villa war zu Ende. Fritz Schueler van Krieken starb am 12. Mai 1936 in Freiburg

Es gibt den Erlass von Hitler vom 25. Mai 1936 in den Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, die Verbindlichkeiten des verstorbenen Majors Schüler van Krieken (Freiburg) in Höhe von 22.000 Reichsmark zu übernehmen.

Ein Tuberkuloseheim und dann ein Müttererholungsheim

Die neue Besitzerin war ab 1926 die Heiligeist-spitalstiftung Freiburg. Als nächstes wurde in der Villa ein Tuberkuloseheim für Männer eingerichtet. Nach einigen Finanzierungsproblemen wurde auch eine Liegehalle errichtet (1927) zum Stillliegen in der guten Luft des Dreisamtals. Auch diese Liegehalle ist heute noch zu sehen. Nach wenigen Jahren wurde die Anstalt 1933 wieder geschlossen.

1934 wurde in der Villa des Baldenwegerhofes von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) ein Müttererholungsheim eingerichtet.

1943/44 bot die NSDAP die Villa dem damaligen Stadirigenten Wilhelm Furtwängler als Domi-



Die Villa des Baldenwegerhofs wurde 1926 als Tuberkuloseheim für Männer genutzt.

zil an. Dieser wollte oder konnte nicht, auf jeden Fall wurde nichts daraus. Dann war die Villa ein Kinderheim der NSV (der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt). Später im Krieg wurden in diesem Kinderheim hauptsächlich Kinder von ausgebombten Familien aus dem Ruhrgebiet betreut. Zur gleichen Zeit war aber auch die Kreisleitung der Partei im Haus untergebracht.

Der Krieg war zu Ende, die Nazis verschwanden – wohin auch immer – die Villa war frei. Als erstes wurde hinter der Villa eine Meteorologische Messstation errichtet. Es wurde oberhalb des Hauses am Hang ein neues kleineres Gebäude mit großer Terrasse in Richtung Süden für die Messgeräte errichtet. Doch schon 1950 wurde in der Villa die Forstschutzstelle Südwest der Forstlichen Versuchsanstalt Baden-Württemberg eingerichtet. Professor Wellenstein hatte mit Mätkäfer und Borkenkäfer-Plagen zu kämpfen. Hubschrauber flogen Begiftungsflüge von den Wiesen gegenüber der Villa. Dieses Gelände wurde am Anfang des Krieges auch schon als Ausweichflugplatz benutzt.

Im Jahr 1987 ging die Villa an die Universität Freiburg über. Ein Laborgebäude wurde hinter dem Haus errichtet und das Forstzoologische Institut konnte mit der Erforschung der Borkenkäfer beginnen. Heute ist noch dasselbe Institut dort ansässig, nur das Forschungsgebiet hat sich geändert. Es werden dort heute exotische Schmetterlinge gezüchtet.

■ Klaus Kiesel

Ein Bericht einer Zeitzeugin aus der Zeit als NSV-Kinderheim und dem Sitz der NSDAP-Kreisleitung ist nachlesbar auf der Homepage des Heimatgeschichtlichen Arbeitskreises Stegen: www.stegen-dreisamtal.de/BerichtHerrenhaus.htm

Ihnen gefällt diese Zeitung?

Dieses Projekt entstand ehrenamtlich in unserer Freizeit. Druck und Verteilung allerdings kosten. Wir freuen uns sehr, wenn Sie dieses Zeitungsprojekt mit einer Spenden an den SPD-Ortsverein Dreisamtal unterstützen.

IBAN
DE49 6809 0000 0027 5001 02

Wie Sie sicher wissen: 50% Ihrer Spende an den SPD-Ortsverein erhalten Sie als Steuerabzug wieder zurück!